

Laibacher Zeitung.

Nr. 273.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 27. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl., sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

Mit 1. December

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende December 1867:

Im Comptoir offen	fl. 92 fr.
Im Comptoir unter Couvert	1 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 " — "
Mit Post unter Schleifen	1 " 25 "

Ämtlicher Theil.

Gesetz vom 15. November 1867 über das Versammlungsrecht;

wirkfam für Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit Krakau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bukowina, Mähren, Schlesien, Tirol und Vorarlberg, Istrien, Görz und Gradisca, dann die Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

Mit Zustimmung beider Häuser Meines Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

§ 1. Versammlungen sind nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes gestattet.

§ 2. Wer eine Volksversammlung oder überhaupt eine allgemein zugängliche Versammlung ohne Beschränkung auf geladene Gäste veranstalten will, muß dies wenigstens drei Tage vor der beabsichtigten Abhaltung unter Angabe des Zweckes, des Ortes und der Zeit der Versammlung der Behörde (§ 16) schriftlich anzeigen.

Die Behörde hat über die Anzeige sofort eine Bescheinigung zu ertheilen.

§ 3. Zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel ist die vorausgehende Genehmigung der Behörde (§ 16) erforderlich.

Das Ansuchen um die Genehmigung liegt denjenigen ob, welche die Versammlung veranstalten, und es ist sowohl in demselben als in der Genehmigung der Zweck, der Ort und die Zeit der Versammlung zu bezeichnen.

Dasselbe gilt für öffentliche Aufzüge, bei welchen auch der beabsichtigte Weg anzugeben ist.

Wird die Genehmigung verweigert, so hat dies schriftlich unter Angabe der Gründe zu geschehen.

§ 4. Versammlungen der Wähler zu Wahlbesprechungen, dann zu Besprechungen mit den gewählten Abgeordneten sind von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen, wenn sie zur Zeit der ausgeschriebenen Wahlen und nicht unter freiem Himmel vorgenommen werden.

§ 5. Ferner sind öffentliche Belustigungen, Hochzeitszüge, volksgebräuchliche Feste oder Aufzüge, Feiern, begängnisse, Processionen, Wallfahrten und sonstige Versammlungen oder Aufzüge zur Ausübung eines gesetzlich gestatteten Cultus, wenn sie in der hergebrachten Art stattfinden, von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen.

§ 6. Versammlungen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft oder deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet, sind von der Behörde zu untersagen.

§ 7. Während der Reichsrath oder ein Landtag versammelt ist, darf an dem Orte ihres Sitzes und in einem Umkreise von fünf Meilen keine Versammlung unter freiem Himmel gestattet werden.

§ 8. Ausländer dürfen weder als Unternehmer noch als Ordner oder Leiter einer Versammlung zur Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten auftreten.

§ 9. An den in den §§ 2 und 3 erwähnten Versammlungen dürfen Bewaffnete nicht theilnehmen.

§ 10. Adressen oder Petitionen, welche von Versammlungen ausgehen, dürfen von nicht mehr als zehn Personen überbracht werden.

§ 11. Für die Wahrung des Gesetzes und für die Aufrechterhaltung der Ordnung in einer Versammlung haben zunächst der Leiter und die Ordner derselben Sorge zu tragen.

Sie haben gegenwärtigen Aeußerungen oder Handlungen sofort entgegenzutreten, und wenn ihren Anordnungen keine Folge geleistet wird, ist die Versammlung durch deren Leiter aufzulösen.

§ 12. Der Behörde steht es frei, zu einer jeden Versammlung der in §§ 2 und 3 erwähnten Art einen,

nach Umständen auch mehrere Abgeordnete zu entsenden, welchen ein angemessener Platz in der Versammlung nach ihrer Wahl eingeräumt und auf Verlangen Auskunft über die Person der Antragsteller und Redner gegeben werden muß.

§ 13. Wenn eine Versammlung gegen die Vorschriften dieses Gesetzes veranstaltet wird, so ist dieselbe von der Behörde (§§ 16 und 17) zu untersagen und nach Umständen aufzulösen.

Desgleichen ist die Auflösung einer, wenngleich regelmäßig veranstalteten Versammlung vom Regierungsabgeordneten oder, falls kein solcher entsendet würde, von der Behörde zu verfügen, wenn sich in derselben gesetzwidrige Vorgänge ereignen oder wenn dieselbe einen die öffentliche Ordnung bedrohenden Charakter annimmt.

§ 14. Sobald eine Versammlung als aufgelöst erklärt ist, sind alle Anwesenden verpflichtet, den Versammlungsort sogleich zu verlassen und auseinanderzugehen.

Im Falle des Ungehorsams kann die Auflösung durch Anwendung von Zwangsmitteln in Vollzug gesetzt werden.

§ 15. Die Anordnungen der §§ 13 und 14 gelten auch für öffentliche Aufzüge.

§ 16. Unter der in diesem Gesetze erwähnten Behörde ist in der Regel zu verstehen:

a) An Orten, wo sich eine landesfürstliche Sicherheitsbehörde befindet, diese Behörde;

b) am Orte der politischen Landesstelle, wenn sich daselbst keine landesfürstliche Sicherheitsbehörde befindet, die Landesstelle;

c) an allen anderen Orten die politische Bezirksbehörde.

§ 17. Bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit ist jedoch auch jede andere Behörde, welche für deren Aufrechterhaltung zu sorgen hat, berechtigt, eine Versammlung, welche gegen die Vorschriften dieses Gesetzes veranstaltet oder abgehalten wird, zu untersagen oder aufzulösen, wovon die nach § 16 competente Behörde immer sogleich zu verständigen ist.

§ 18. Gegen alle Verfügungen der Unterbehörden kann an die Landesstelle und gegen jede Verfügung der letzteren an das Ministerium des Innern die Berufung binnen acht Tagen ergriffen werden.

§ 19. Verletzungen dieses Gesetzes sind, insofern das allgemeine Strafgesetz darauf keine Anwendung findet, von den Gerichten als Uebertretungen mit Arrest bis zu sechs Wochen oder mit Geldstrafen bis zu 200 fl. zu ahnden.

§ 20. Im Falle eines Krieges oder innerer Unruhen können die Bestimmungen dieses Gesetzes von der Regierung zeitweilig und örtlich außer Wirksamkeit gesetzt werden.

§ 21. Die Minister des Innern und der Justiz sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Wien, am 15. November 1867.

Franz Joseph m. p.
Beust m. p. Taaffe m. p. Sze m. p. Becke m. p.
John m. p., JMR.

Gesetz vom 14. November 1867

betreffend die Steuerfreijahre bei Neu-, Um- und Zubauten;

wirkfam für Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit Krakau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bukowina, Mähren, Schlesien, Istrien, Görz und Gradisca.

Ueber Antrag der beiden Häuser Meines Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

§ 1. Die mit Allerhöchster Entschliessung vom 10ten Februar 1835 (Hofkanzleidecret vom 24. Februar 1835, Nr. 562) gewährte zeitliche Befreiung von der Hauszins- und Hausclassesteuer sammt Staatszuschlägen wird auf alle der Hauszinssteuer unterliegenden Ortschaften und einzelnen Gebäude in der Art ausgedehnt, daß für die in dieser Allerhöchsten Entschliessung angeführten Fälle sub A (Neubauten) eine Befreiung von fünfzehn, in dem Falle sub B (Umbauten) und sub C (Zubauten) eine Befreiung von zwölf Jahren stattfindet.

§ 2. Diese Befreiung hat nur für jene Gebäude Geltung, welche vom Tage der Kundmachung des gegenwärtigen Gesetzes bis Ende des Jahres 1869 nach den bestehenden Bauordnungen vollendet und benüßbar gemacht werden.

§ 3. Die durch Bauführungen oder für bestimmte Objecte bereits erworbenen, so wie in den Allerhöchsten

Entschliessungen vom 9. December 1782 und vom 16ten Februar 1836 für die Festungen Theresienstadt und Josephystadt, vom 18. Jänner 1840 für Dalmatien in den sub d, e und f daselbst aufgeführten Fällen, endlich in den Allerhöchsten Entschliessungen vom 16. Juli 1854 und 14. Mai 1859 für Wien sammt Vorstädten gewährten Steuerbefreiungen werden durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt.

§ 4. Das Finanzministerium ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Schönbrunn, am 14. November 1867.

Franz Joseph m. p.
Beust m. p. Becke m. p.
Auf Allerhöchste Anordnung:
Bernhard Ritter v. Meyer m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 26. November.

Entgegen der von mehreren Blättern ausgesprochenen Ansicht, daß man an das Zustandekommen der in Vorschlag gebrachten Conferenz selbst in diplomatischen Kreisen nicht mehr ernstlich denke, behauptet das „Memorial diplomatique“, daß höchst wahrscheinlich der Zusammentritt dieser Conferenz binnen ganz kurzer Zeit stattfinden werde. Freilich verhehle sich niemand die Schwierigkeiten der Lösung der der Conferenz vorzulegenden Frage, doch werde von sämtlichen Cabinetten einstimmig anerkannt, daß eine gemeinsame Verathung über diesen Gegenstand zeitgemäß sei, und die französische Regierung habe somit allen Grund zu denken, daß ihr Vorschlag mit nächstem zum Ziele führen werde. Wenn nun diese Conferenz zusammentritt, so wird ihr nicht eine im voraus gefakte Uebereinkunft über die Grundlagen einer Regelung der römischen Frage vorhergehen, da dieselbe, bei den verschiedenen Ansichten, welche über die Frage an den verschiedenen Höfen herrschen, äußerst schwierig sein dürfte. Ein Punkt aber, meint das „Memorial“, würde von katholischen und protestantischen Höfen zugegeben werden, nämlich die factische Existenz der päpstlichen Souveränität, die durch die Verträge von 1815 anerkannt und durch die letzten Ereignisse bestätigt sei. Was den Ort des Zusammentrittes der Conferenz betrifft, so sei anzunehmen, daß die verschiedenen Fürsten aus Erkenntlichkeit für die freundliche Aufnahme, die sie während der Ausstellung in Paris gefunden, darüber einig sein würden, in dieser Stadt die Verhandlungen des Congresses zu concentriren. Das „Memorial“ will ferner noch wissen, daß die päpstliche Regierung keineswegs in officieller Weise ihre Weigerung, an der in Vorschlag gebrachten Conferenz theilzunehmen, kund gegeben habe. Der Papst habe in dieser Sache bis jetzt noch keinen definitiven Beschluß gefaßt.

Indessen versichert die „France“, daß der Papst der Conferenz im Princip beigetreten sei, und dies wird auch aus Wien bestätigt.

Aus dem Haag vernimmt die „Patrie“, daß auch die großherzoglich luxemburgische Regierung eine Einladung zur Theilnahme an der Conferenz über die römische Frage erhalten habe. — Die Absendung einer Einladung an Sachsen von Seiten Frankreichs zur Theilnahme an der Conferenz wird der „Patrie“ von Berlin aus als die natürliche Consequenz der Beibehaltung einer französischen Vertretung in Dresden erklärt. Diese Einladung dürfe keineswegs als eine Verkennung der Rechte des norddeutschen Bundes und der Bundesvormacht Preußen angesehen werden.

Auch der schweizer Bundesrath ist von der französischen Regierung zur Theilnahme an der Conferenz eingeladen worden. Der „Bund“ äußert sich über diese Einladung:

Es ist das zweite mal, daß die Schweiz zu einer europäischen Verathung mit eingeladen wird. Das erste mal war dies der Fall, als Napoleon III. einen Congress zur Revision der Wiener Verträge vorschlug. Der Bundesrath hat damals die Einladung angenommen und eine Vertretung zugesagt. Mit Recht, denn einerseits ist das von Napoleon III. eingeschlagene Verfahren, nicht nur die Großmächte, sondern alle europäischen Staaten zur Mitberathung europäischer Angelegenheiten einzuladen, — ein demokratischer Fortschritt im europäischen Staatenkreise, den zu unterstützen gerade die kleinen Staaten ein großes Interesse haben. Andererseits ist durch die factische Vernichtung der Wiener Verträge, welche das europäische Völkerrecht, die europäische Verfassung darstellten, die schweizerische Neutralität ihrer urkund-

lichen Grundlage beraubt, und hat die Eidgenossenschaft also ein Interesse, ihre Stimme bis zur Herstellung eines fest geordneten europäischen Staatensystems selbständig geltend zu machen. Es steht also nichts entgegen, daß der Bundesrath auch diesmal die an ihn ergangene Einladung wenigstens in dem Sinn annehme, daß er das eingeräumte Recht der Mitberathung als eine der Schweiz zukommende Concession thatsächlich in Besitz nähme. Sollte der Bundesrath die Bescheidung der Conferenz ablehnen, so müßte der Grund dafür in der Sache selbst liegen, mit andern Worten: sie müßte eine motivirte Stimmgebung in ablehnendem Sinne sein. Der Standpunkt der Eidgenossenschaft in der römischen Frage ist ein ziemlich klarer. Vermöge des von ihr stets bekannten Grundsatzes der Nichtintervention und des Selbstbestimmungsrechts der Nationen muß sie auch das Recht Italiens, sowie dasjenige der Römer, ihre staatlichen Angelegenheiten selbst zu regeln, anerkennen. Als freisinniger republicanischer Staat wird sie ferner das Aufheben der weltlichen Macht des Papstes als eine berechtigzte Zeitforderung betrachten. Was sodann die geistliche Stellung des Papstthums als Oberhaupt der katholischen Kirche betrifft, so ist dieselbe eine separate Angelegenheit der Katholiken, und es ist keineswegs Sache der protestantischen Staaten dieselbe als europäisches Recht mit einer gesamt-europäischen Garantie unterstützen zu helfen. Entschieden sich also der Bundesrath für Bescheidung der Conferenz, so wird er im Sinne der schweizerischen öffentlichen Meinung seine Stimme für Beseitigung der weltlichen Macht des Papstes und für Beobachtung der Nichtintervention gegenüber Italien abgeben; entscheidet er sich für Nichtbescheidung, so wird diese Entschliebung ebenfalls gerade mit dieser Anschauung der Sache begründet werden.

Bemerkenswerth ist dagegen nachstehende Aeußerung in einer Berliner Correspondenz der „A. A. Z.“ vom 21. d.: In politischen Kreisen neigt man sich allmählig der Ansicht zu, daß das Tuilerienecabinet das in der römischen Frage aufgeworfene Conferenzproject fallen lassen und versuchen werde, auf dem Wege des diplomatischen Verkehrs eine Verständigung mit den Mächten zu erzielen. Ein günstiges Ergebnis kann man sich indeß auch von solchen Verhandlungen hier nicht versprechen, so lange der Vatican auf Ansprüchen beharrt, welche das Florentiner Cabinet für unberechtigt hält und die von der Mehrzahl der Großmächte zum mindesten nicht gebilligt werden. Das Günstigste, was sich unter diesen Umständen erwarten läßt, ist ein leidliches Provisorium, durch welches einem Bruche zwischen Frankreich und Italien vorgebeugt würde, und welches geeignet wäre, dem Ministerium Menabrea gegenüber den erregten Leidenschaften der italienischen Nation einen Halt zu gewähren. Das würde freilich wenigstens den Abmarsch der Franzosen aus Rom und dem Kirchenstaat voraussetzen, den auch England, Preußen und Rußland wünschen, zu welchem sich das Tuilerienecabinet aber schwerlich so leicht verstehen wird. Angesichts dieser verwickelten Verhältnisse kann man hier der Friedens-Dithyrambe, welche die „Provinzial-Correspondenz“ vor einigen Tagen zum besten gab, nirgends ein Verständniß abgewinnen.

Oesterreich.

Wien, 25 November. (Gesetz in Betreff der allgemeinen Staatsschuld.) Die in der letzten Sitzung des Finanzausschusses von Seite des Finanzministers zugesicherte Vorlage, welche die richtig gestellten Ziffern für die Beiträge der Länder der ungarischen Krone enthält, ist am heutigen Tage an den Ausschuss zur Vorberathung der Regierungsvorlage, betreffend den Ausgleich mit Ungarn gelangt. Demnach stellt sich das Gesamterforderniß für die Zinsen der Staatsschuld auf 122,014,460 fl. Die Schuldentilgung beansprucht als ordentliches Erforderniß 23,319,364 fl., als außerordentliches (Rückzahlung des Kriegsschadigungs-Vorschusses) 8 Millionen Gulden, zusammen 31,319,364 fl. Als Bedeckung sind für letztere Rubrik vorhanden 8 Millionen Gulden außerordentlicher Einnahme als Erlös aus den italienischen Tresorscheinen. Das Silbererforderniß für die Verzinsung der Staatsschuld und Tilgung stellt sich, wie folgt dar: Erforderniß für die im Inlande zu berichtenden Zinsen 31,022,502 fl., für die im Auslande zu berichtenden 18,172,768 fl. Die Schuldentilgung beansprucht in Silber 5,259,782 fl. Das Gesamterforderniß für Zinsen und Tilgung, inclusive der Rückzahlung des Vorschusses aus den Kriegsschadigungs, beträgt somit in Silber 62,542,512 fl.

Ausland.

Aus Baden, 21. November. [A. A. Z.] (Das neue Wehrgesetz) wäre nun so ziemlich glücklich durch die zweite Kammer gebracht, und hat an seinem Entwurf, wie ihn die Commission ausarbeitete, nur wenige Aenderungen erfahren. Es hat aber doch vier-tägige Debatten gekostet, und wenn auch die Opposition keine zahlreiche war, so war sie doch eifrig genug. Die Abgg. Moll und v. Feder hatten hauptsächlich die dreijährige Dienstzeit bekämpft und die bekannten Gründe dafür ins Feld geführt; es wurde ihnen aber meistens ziemlich schroff begegnet, und von Seiten der Regierung

immer der Ton darauf gelegt, daß das Gesetz ein Ganzes bilde, an welchem man ohne es gänzlich zu verrücken, keinen Hauptstein ändern dürfe, während der Bericht-erstatte und die Ministerialräthe-Bank im Hause stets darauf hinwiesen, daß wir den preussischen Entwurf möglichst ganz annehmen müßten, wenn wir in den nord-deutschen Bund wollten, weshalb wir denn auch die anerkannt veraltete Gebrechenordnung mit in den Kauf nehmen müßten. Jedoch wurde von Seiten der Regierung erklärt, daß man nichtsdestoweniger thatsächlich die Dienstzeit abkürzen werde, sowie daß Reserve und Landwehr, Officiere wie Mannschaft, außerhalb des Dienstes lediglich den Civilgesetzen unterworfen bleiben sollen.

Rom, 24. November. (Französische Truppen. — Apostolische Legation. — Requiem.) Die französischen Truppen beginnen sich zu concentriren. — Das „Giornale di Roma“ weist diejenigen Journale zurück, welche in der Aufhebung des apostolischen Legations-Tribunals auf Sicilien einen Mißbrauch zu erblicken behaupten. Das officiële Blatt liefert eine Geschichte dieses Tribunals. Es beweist die Rechtmäßigkeit und Nothwendigkeit der Aufhebung desselben, da es der Stein des Anstoßes und die Ursache des Aergernisses für die Gläubigen geworden war. — In der Lateranensischen Kirche fand ein feierliches Requiem für die während der letzten Ereignisse gefallenen Soldaten statt, welchem die französischen und päpstlichen Officiere beizuwohnen.

Paris, 24. November. (Das Gelbbuch) enthält 90 diplomatische Actenstücke betreffend Italien. Das erste ist vom 19. Februar 1867 datirt. Fast alle signalisiren die revolutionären Umtriebe gegen den römischen Staat und erzählen die Besprechungen zwischen Baron Malaret und Rattazzi, welcher, als Malaret erklärte, daß Frankreich fest entschlossen sei, allein der Septembereconvention Achtung zu verschaffen, den festen Entschluß bekundete, die Anschläge Garibaldi's zu vereiteln. In der Depesche vom 21. April zeigt sich Marquis de Montfrier überrascht und beunruhigt über die Sicherheit Rattazzi's bezüglich der Projecte Garibaldi's. Eine Depesche Malarets vom 15. Mai sagt: Rattazzi scheint sehr von der Besorgniß erfüllt, nicht mehr Herr der Situation zu sein, gebe aber immer dieselben Versicherungen. Eine Depesche Moustiers vom 18. October sagt: Nigra sei in Kenntniß gesetzt worden, daß, wenn das italienische Cabinet ohnmächtig sei, Frankreich den Papst beschützen würde. Nigra bestrebe sich, die Unstatthaftigkeit einer französischen Intervention darzulegen, und erkläre, Italien würde einen Congreß der Mächte annehmen, um die römische Frage endgültig zu lösen. Depeschen aus Rom vom 8. November signalisiren das Ende der römischen Bewegung und versichern, daß man Milde walten lassen werde. Die letzte Depesche Moustiers vom 9. November wurde bereits durch die Journale veröffentlicht. Bezüglich der türkischen Angelegenheiten bestehen die Noten auf materiellen Reformen in der Türkei. Die letzte Note Bourée's vom 6. November constatirt den lebhaften Eindruck, welchen die Ueberreichung der auf die kretische Angelegenheit bezüglichen Declaration auf die Minister des Sultans hervorgebracht hat; sie fangen aber an sich zu beruhigen und scheinen zu begreifen, daß diese Forderung die Consequenz der früheren Ereignisse war, und daß ihre Zurückweisung uns nöthigte, unsere Verantwortlichkeit frei zu machen. Die Pforte folgt der Ansicht, daß, wenn sie unseren früher abgelehnten Beistand nicht fordern kann, wir aber auch nicht die Absicht haben, die Schwierigkeiten ihrer Lage zu vermehren. Bourée constatirt weiter, daß sie Justiz-, Administrations- und Unterrichts-Reformen verfolge.

London. (Ueber die Hinrichtung der verurtheilten Fenier) liegt folgendes Telegramm aus Manchester, 23. November vor: „Heute Morgens während der Hinrichtung war die Menschenmenge wenig bedeutend. Der Rebel entzog die Ansicht des Schaffotes in einiger Entfernung von wenigen Metres. Gould ging mit großer Festigkeit in den Tod. Larlin zeigte Schwäche, man mußte ihn nach dem Schaffot führen, wo er in Ohnmacht fiel. Vor der Hinrichtung umarmte Gould Allen. Allen starb sogleich. Die beiden anderen scheinen einen schlimmen Todeskampf gehabt zu haben.“ — Aus London meldet ein Telegramm unterm 23. d. M.: „Ein fenischer Aufruhr hat in der letzten Nacht in Birmingham stattgefunden. Die Menge wurde von den Irländern angegriffen. Die Polizei hat die Ordnung wieder hergestellt.“

Riga, 4. November. (Der außerordentliche livländische Landtag) wurde heute Mittag eröffnet. Um 12 Uhr versammelten sich die Glieder der Ritter- und Landschaft auf dem Ritterhaus und begaben sich sodann unter dem Vortritt des Landmarschalls G. v. Vilensfeld in die St. Jakobikirche, wo der General-superintendent Dr. Christiani die Landtagspredigt hielt über die Textworte 1. Könige 8, 57 und 58: „Der Herr unser Gott sei mit uns, wie er gewesen ist mit unseren Vätern; er verlasse uns nicht, und ziehe die Hand nicht ab von uns: zu neigen unser Herz zu ihm, daß wir wandeln in allen seinen Wegen und halten seine Gebote, Sitten und Rechte, die er unseren Vätern geboten hat.“ Zweierlei sei, wie der Redner ausführte, zur Wohlfahrt eines Landes und eines Volkes erforderlich; daß Gott sich zu uns bekenne, und daß wir uns zu ihm bekennen. Gott sei mit uns, so lange sein Evangelium

und seine Sacramente in reiner Lehre uns gesendet würden; an uns sei es, im Glauben zu ihm zu stehen; die Aeußerung aber des Glaubens sei die Treue, mit welcher an der Väter Brauch, Sprache, Sitte und Recht wir zu halten haben. Die Stadt Riga war durch Bürgermeister Hernmarck und Rathsherrn Jaltin vertreten, die estländische Ritterschaft durch den Herrn A. v. Vilensfeld. Der livl. Civilgouverneur Dr. A. v. Dettingen wohnte dem Gottesdienste bei. Nach demselben begaben sich die Glieder der Ritter- und Landschaft in das Ritterhaus zurück, woselbst der Landmarschall den Landtag eröffnete.

Die Katastrophe in St. Thomas.

London, 22. November. Selten wohl ist der An-lunft eines Schiffes mit so gespannter Erwartung entgegen-gesehen worden, als dies bei dem gestern Abend in Plymouth eingetroffenen westindischen Postdampfer der Fall war. Schrecklich und kurz waren die Nachrichten, die der Telegraph von New-York aus über die furchterliche Katastrophe in St. Thomas hinübergesendet hatte. Schon hatte man auch in den letzten Tagen den „Douro“ verloren gesagt, und die Mischung von Furcht und Hoffnung unter denjenigen, die auf die Bestätigung einer Trauerbotschaft harrten, war bis zum höchsten Grade der Aufregung gesteigert, da wurde plötzlich die Flagge mit dem rothen Kreuze und der Krone über dem Gebäude der Dampfergesellschaft aufgezogen und zeigte an, daß das Postschiff in Sicht sei.

Eine schreckliche Ungewißheit war somit gehoben und manches Herz athmete wieder freier auf, aber manchem war auch das Bitterste noch aufbehalten. Als bald nach An-lunft des „Douro“ wurden in den Bureau der Gesellschaft die Listen über die Verletzten ausgeschrieben und draußen ange-schlagen, wo sich alsbald Hunderte hinzudrängten, um die Namen ihrer Angehörigen darunter zu suchen.

Dann kamen die Nachrichten über den Umfang des Unglücks und die Erzählung der Schreckens-Katastrophe. Am 29. October, so hören wir, war das Wetter Morgens gegen 9 Uhr bei starkem Nordwinde so drohend, daß der Capitän des Dampfers „Conway“, der neben der „Rhône“ bei der kleinen Peters-Insel lag — die „Rhône“ hatte sich des Jiebers wegen dorthin zurückgezogen und verkehrte mit St. Thomas durch die kleineren Dampfer der Gesellschaft — den Capitän des letzteren consultirte, ob es nicht besser sei, auf die hohe See hinauszubringen. Man machte die nöthigen Vorkehrungen dazu, aber das Barometer fiel zu gleicher Zeit beträchtlich, und gegen 11 Uhr kam ein furchterlicher Sturm von Nordnordwest zum Ausbruch. Die „Rhône“ und andere Schiffe hielten gegen diesen ersten Anprall Stand und steuerten seewärts. Gegen halb 1 Uhr trat dann eine Stille ein, aber nicht auf lange. Schon eine Viertelstunde später entlud sich ein neues, gewaltiges Unwetter, diesmal aus der gerade entgegengesetzten Richtung, aus Südwest, heftiger als das vorhergehende und viel zerstörender in seinen Wirkungen. Was bei dem ersten Orkan noch dem jähren Verderben entronnen war, wurde jetzt desto sicherer ereilt. Die „Rhône“, auf ein Riff geschleudert, brach alsbald auseinander. Von einer Besatzung von 125 Mann blieben nur 25 am Leben. Der „Wyl“, einer der zwischen St. Thomas und der „Rhône“ hin- und hergehenden kleineren Dampfer, wurde, während er das offene Meer zu gewinnen suchte, erfaßt und an die Buchtinsel geworfen, wo auch er alsbald zertrümmerte und von seinen 80 Mann an Bord nur 16 ihr Leben retteten. Den im Hafen liegenden „Derwent“ stürzten die entseffelten Elemente hoch und trocken auf die Rüste. Am besten kamen die Dampfer „Conway“, „Tyne“ und „Solent“ davon. Ersterer wurde an die Rüste getrieben und verlor theilweise die Masten und Schlot, und letztere hielten an ihren Anker aus und erlitten ähnliche Havarien wie der „Conway.“

Der „Solent“ lag in nächster Nähe von Tortola, und wird von dem Capitän desselben die Ueberschwemmung dieser Insel in Abrede gestellt. Sie sei auch von dem Orkan heimgesucht worden wie St. Thomas, berichtet dieser Officier, und etwa 100 Personen sollen dabei durch den Einsturz von Gebäuden umgekommen sein.

Außer den genannten Dampfern mußten auch einige achtzig Segelschiffe im Hafen die Wuth des Orkans empfinden. Von deutschen Fahrzeugen sind die Brigg „Bertha“ (nicht angegeben woher), die Brigg „Johanne“ aus Bremen und die preussische Brigg „Treffer“ gesunken und die Briggs „Helios“ und „Edward“ auf den Strand geworfen worden.

Auf dem Lande hatte das Unwetter nicht minder furchtbar getobt. Von 1 bis gegen 4 Uhr brüllte der Sturm und peitschte Ströme von Regen und Eiskübeln über die fast mit nächtlicher Finsterniß bedeckte Insel dahin, indeß der Boden von mehrfachen Erdstößen erzitterte. Häuser wurden von ihrem Orte gerissen und später anderswo stehend gefunden. Einen ganzen Speisesaal trug der Orkan in einen entfernten Garten, ohne Lampen und Gläser zu zerbrechen, und in einem benachbarten Gäßchen fand man später unter Massen zerbrochenen Holzes einen Anker, verschiedene Karrenräder, ein Pianoforte und verschiedene Stücke Marmor bunt zusammengeworfen. Wo derartige Objecte umherflogen, da ist die Zerstörung unvermeidlich, und so bot am 30., als der „Douro“ an einem sonnenhellen, ruhigen Morgen die Stadt anlief, St. Thomas ein Bild der Verwüstung, trauriger und trostloser als eine bombardirte Stadt. Die Werfte gänzlich zerstört, die Stadt in Trümmern, von Baumpflanzungen nichts als der Rinde entkleidete Stämme und die Einwohner beschäftigt, für 292 Leichen, die man bis dahin aufgefunden, Gräber zu graben.

Ueber Tortola gelangt aus dem Colonial-Ministerium die erste officielle Mittheilung in die Oeffentlichkeit. Es ist ein Bericht des Gouverneurs Sir Arthur Rumbold, der ebenfalls mit dem „Douro“ hieherkommt. Nach demselben dauerte der Orcan dort von 11 bis 3 Uhr und war von 12 bis 2 Uhr am stärksten. In diesem kurzen Zeitraume wurden zwei Drittel der Wohnungen der Stadt, Gefängniß, Kirche, Hospital, Schule, Capellen, Armenhaus und die Landungswerfte zerstört und von dem Wohnhause des Gouverneurs das Dach hinweggerissen. Den Frucht- und anderen Baumpflanzungen wie dem bestellten Lande war enormer Schaden zugefügt worden, so daß die Bevölkerung bereits am Vorabende einer Hungersnoth stand, ohne daß die Regierung, in deren Casse nicht 50 Pfd. St. waren, helfen und unterstützen konnte. Das einzige Mehlmagazin der Insel war zerstört, ebenso wie die meisten Fahrzeuge, so daß der Gouverneur bei Abfassung seines Berichtes nicht wußte, wie er denselben nach St. Thomas schaffen sollte. An Einsammlung der eben fällig gewordenen Steuern war bei der allgemeinen Noth nicht zu denken; der Gouverneur ruft im Gegentheil die Hilfe des Colonialministers und die Sympathie des englischen Volkes an. Die Todesfälle auf Tortola scheinen selbst in der letzten Angabe mit 100 noch zu hoch gegriffen zu sein. Gouverneur Rumbold spricht von 22 in der Hauptstadt. (N. Fr. Pr.)

Locales.

(Gesunden.) In der vorigen Woche wurde in der Polana-Vorstadt der Obertheil eines Frauenkleides und der Hauptplatz ein Stück Zwisch gefunden. Die Verlustträger wollen sich dießfalls beim Stadtmagistrate auftragen.

(Verloren.) Gestern wurde am Congressplatz eine Barschaft von 30 fl. verloren, die im Vorschußsalle beim Stadtmagistrate abgegeben werden sollte.

(Theater.) Die gestrige Benefizvorstellung war ziemlich gut besucht. Der Schwank: „Romeo auf dem Bureau“ belustigte durch das wirksame launige Spiel des Benefizianten Herrn Korig (Willert). Eine höchst ergötzliche Figur war Herr Kroll als Gerichtsdiener. Herr Art als Justizratz entsprach vollkommen. Wir wünschten Herrn Art den wir von der vorigen Saison her als einen sehr verwendbaren Schauspieler kennen, einmal in bedeutenderen Rollen zu begegnen. Die Operette: „Mozart und Schikaneder“ wurde mit jener Pietät aufgenommen, welche man dem Namen Mozart schuldete, aber man fühlte doch die und da klassische Langeweile. Uebrigens wurde die Operette gut gegeben. Zwar war der Wiener Dialekt Niemandem geläufig, als höchstens Herrn Krehl, der auch das Couplet: „Die Welt will befragen sein“ recht hübsch sang, aber dafür waren die gelungnen Leistungen vollkommen befriedigend. Unsere beiden Primadonnen wetteiferten im „affoluten und colorirten“ Genre. Das Publicum amüsierte sich recht gut. — Heute wird „Eglantine“ wiederholt. Das Stück hat bei der ersten Aufführung sehr angeprochen, und da es gewissermaßen ein Probestein für die Kräfte unseres Schauspiels ist, so werden wir heute Abend wohl kein leeres Haus zu verzeichnen haben. Morgen soll „Traviata“ wiederholt werden. Diese Oper findet bei den strengen Anhängern des Classicismus keine Gnade, andererseits dürfen wir aber nicht verkennen, daß unser Publicum nicht so „classisch“ ist um sich nicht gern an der heiteren Musik Verdi's zu ergötzen. Der dritte Act der Oper ist von ernsterem Inhalt. Hr. Moriska und Herr Podhorsky haben sehr dankbare Partien, die sie sehr zufriedenstellend durchführten, und wir glauben daher, daß die Reprise der „Traviata“ gut aufgenommen werden wird, was um so mehr zu wünschen ist, als der Besuch des Theaters bei den großen Opfern, welche Herr Böllner bringt, um ein allseits gutes Ensemble herzustellen, noch immer viel zu gering ist, um ihn auch nur vor Verlusten zu sichern.

Correspondenz.

† **Jozia**, 25. November. Zur Feier der h. Cecilia wurde hier gestern ein solennes Hochamt in der Barbarikirche abgehalten. Hierbei kam eine neue, vom hiesigen Organisten J. Gnezda componirte Messe, mit slovenischem Texte, zur Aufführung. Das Ganze kann als sehr gelungen bezeichnet werden. Am Abende haben sich sodann sämtliche Herren l. l. Werks- und Bezirksbeamten, sowie die Honoratioren der Stadt und Umgebung zu einer gemüthlichen Abendunterhaltung im Gasthause „zum schwarzen Adler“ versammelt. Die frohliche Stimmung, welche hierbei herrschte, aber wurde besonders noch durch die Anwesenheit des Herrn l. l. Berghauptmannes Josef Trinker und des Directors der Gewerkschaft Sagor, Herrn Friedrich Langer, gehoben.

Juristische Gesellschaft in Laibach.

Protokoll

der LVII. Versammlung, welche Freitag den 15. November 1867 von 6 bis 8 Uhr Abends im Gesellschaftslocale abgehalten wurde.

Vorsitzender: Der Präsident Herr Finanzrath Dr. v. Kallenberg. — Schriftführer: Der zweite Secretär Dr. v. Schreyer. — 14 Mitglieder.

1. Der Herr Präsident eröffnet die Versammlung unter einer kurzen Darstellung der Gründe, welche eine längere Unterbrechung der Vereinsversammlungen zur Folge hatten. Derselbe theilt weiters mit, daß das Vereinspräsidium die Ehre hatte, dem neu ernannten Herrn Landespräsidenten Sigmund Conrab v. Eybelsfeld am 14. Mai 1867 seine Aufwartung zu machen, welcher seiner Theilnahme für den

Verein durch seinen Beitritt als Vereinsmitglied Ausdruck gegeben hat. — Die Versammlung gab ihre Befriedigung hierüber durch Aufstehen von den Sitzen zu erkennen.

Der Herr Präsident eröffnete ferner, daß der Herr Bürgermeister Dr. C. H. Costa mit Schreiben vom 10ten August 1867 seine Stelle als erster Secretär der juristischen Gesellschaft wegen anderweitiger Geschäftsüberhäufung niedergelegt, und daß das Präsidium nach Fruchtblosigkeit der an Herrn Dr. Costa gemachten Vorstellungen die Geschäftsübergabe bis auf weiteres an den zweiten Secretär versetzt, zugleich mittelst besondern Schreibens dem um das Entstehen und Gedeihen der juristischen Gesellschaft so hochverdienten Herrn Secretär Dr. Costa das lebhafteste Bedauern über seinen Rücktritt und den wärmsten Dank für seine erfolgreiche und aufopfernde Thätigkeit ausgesprochen habe. — Die Versammlung erhob sich zum Zeichen ihrer Zustimmung.

2. Der zweite Secretär theilte mehrere Einkäufe mit.

3. Der Herr Vorsitzende theilte mit, daß das Vereinsmitglied Herr Notar Dr. W. Ribitsch in Rudolfswerth der juristischen Gesellschaft seine Abhandlung „Ueber die Reform des Notariates“ mit dem Wunsche, daß dieselbe im Vereine einer Besprechung unterzogen werde, übermittelt habe. Nachdem das Resümé dieser Abhandlung vorgelesen wurde, befragte der Herr Präsident die Versammlung, ob die Lesung des ganzen Aufsatzes gewünscht, oder ob es nicht im Interesse der gründlicheren Erörterung des Gegenstandes als zweckmäßig erkannt werde, die Reformanträge des Herrn Verfassers in Druck zu legen, ein Comité zu bilden und dessen Elaborat in einer der nächsten Versammlungen zum Gegenstande der Discussion der angeregten Frage zu machen. Nach längerer Debatte, in welcher die Herren v. Frisch, Dr. v. Lehmann, Dr. Costa senior und Dr. Schaffer die formelle Behandlung des Gegenstandes dem Ermessen des Präsidiums überlassen wissen wollten, Herr v. Formacher aber sich ausdrücklich für die Zusammenstellung eines Comité's aussprach, wurde über Antrag des Herrn Dr. C. H. Costa beschlossen, die fragliche Abhandlung in den Vereinsmittheilungen abzufragen, zugleich an die in Laibach domicilirten Mitglieder Separatabdrücke zu vertheilen, und nachdem auf diese Weise die Mitglieder von dem Inhalt der Abhandlung in Kenntniß gekommen sein werden, den Gegenstand auf die Tagesordnung einer der nächsten Versammlungen zu stellen. (Schluß folgt)

Einladung

zur gemeinschaftlichen Monatsversammlung des Museal- und des historischen Vereins am nächsten Donnerstag den 28. November um 5 Uhr Abends im historischen Vereinslocale, Schulgebäude, ebenerdig links.

Tagesordnung:

1. Mittheilung des Einlaufes;
2. Vorträge von Seite des Musealvereines. Karl Deschmann: a) Neue Beiträge zur Flora der an Croatien angrenzenden Gegenden Unterfrains; b) über einen merkwürdigen Standort des Edelweisses in der Krainburger Ebene; c) über eine von organischen Substanzen herührende rothe Färbung der Kalkfelsen, nebst anderen kleineren naturhistorischen und topographischen Notizen.

Laibach, 27. November 1867.

Vom Ausschusse des Musealvereines für Krain.

Neueste Post.

Wien, 26. November. Der Ausgleichsausschuß nahm die neue Regierungsvorlage über die Staatsschuldquote mit meist unwesentlichen Abänderungen an, und beauftragte das Subcomité mit der Redaction des Gesetzes.

Pest, 25. November. (Sitzung der Deputirtentafel.) Gaszago interpellirt den Justizminister, wann die bestehenden Civilgesetze in Siebenbürgen durch das ungarische ersetzt, überhaupt wann die ungarischen Rechtsverhältnisse auch auf Siebenbürgen ausgedehnt werden sollen. Der Justizminister verweist auf die obschwebenden Codificationsberathungen; die neuen Gesetze werden für Siebenbürgen eben so gültig sein, wie für Ungarn. Die siebenbürgischen Rechtsverhältnisse provisorisch umzugestalten wäre unheilksam. — Der Ministerpräsident meldet, Ihre Majestät die Königin habe die Namensfestgratulation dankend angenommen. Das Haus nimmt die Mittheilung mit lautem „Elen“-Rufen auf. Sodann beginnt Anton Esengery seitens der Centralcommission des Hauses über den Quotengesetzentwurf zu referiren.

Paris, 25. November. (W. Tagbl.) Marquis de Moustier hat an die Vertreter Frankreichs in London, Berlin und Petersburg, sowie an einigen deutschen Höfen eine Weisung erlassen, um sie in den Stand zu setzen, die gegen das Conferenzproject erhobenen Bedenken zu widerlegen und zu erklären, daß die französischen Truppen den Kirchenstaat verlassen würden, sobald die Verhandlungen beginnen.

Telegramme.

Pest, 26. November. Der Kaiser ist eingetroffen und wurde am Bahnhof vom Minister des Innern, dem Landes-Commandirenden, den Bürgermeistern und Stadthauptmännern empfangen.

Paris, 26. November. Die „France“ schreibt: Rußland, Oesterreich, Spanien, die Schweiz, Baiern, Württemberg, Portugal, Belgien, Holland, Dänemark,

Schweden, Baden sind ohne Reserve der Conferenz beigetreten. Preußen's Zustimmung ist sicher, England's Zustimmung wird als wahrscheinlich betrachtet. — Die „Patrie“ sagt, Privattelegramme bestätigen Rom's Zustimmung zur Conferenz und fügen hinzu, Antonelli erklärte mündlich und in den Instructionen an den Nuntius in Paris die Conferenzannahme ohne Vorbedingungen. Italien's Zustimmung ist officiell noch nicht angezeigt, der Conferenzort unbestimmt.

Telegraphische Wechselcourse

vom 26. November.

5perc. Metalliques 56.90. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.75. — 5perc. National-Anlehen 66.30. — Bankactien 683. — Creditactien 184. — 1860er Staatsanlehen 83.60. Silber 118.75. — London 121.15. — R. f. Ducaten 5.75.

Geschäfts-Beitung.

In Kuffstein tagte am 21. und 22. d. M. eine aus Vertretern der bayerischen und der österreichischen Eisenbahn- und Zollverwaltung zusammengeehrte Commission, um ein möglichst rasches Zueinandergreifen der bayerischen und der österreichischen Eisenbahn- und Zollorgane in Kuffstein herbeizuführen und das lange Liegenbleiben von Gütern in genannter Grenzstation zu vermeiden. Es wurden bestimmte Verabredungen getroffen, wie die Manipulationen der einzelnen Organe ineinander zu greifen haben, um den angestrebten Zweck zu erreichen. Beispielsweise wurde festgesetzt, daß frisches Obst und andere leicht dem Verderben unterliegende Gegenstände, auch wenn sie nur als gewöhnliches Frachtgut aufgegeben wurden, stets längstens innerhalb 24 Stunden in Kuffstein abgefertigt werden müssen. Für die einzelnen Manipulationen der Eisenbahn- und der Zollämter wurden bestimmte Fristen als Maximum festgesetzt, und die geeigneten Maßnahmen getroffen, um die Manipulationen selbst zu beschleunigen und abzukürzen.

Krainburg, 25. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 54 Wagen mit Getreide, 18 Wagen mit Heu und Stroh, 13 Wagen mit Holz, 20 Wagen mit Speck und 115 Stück Schweine von 13 bis 18 fr. per Pfd.

Durchschnitts-Preise.

	fl.	fr.		fl.	fr.
Weizen pr. Metzen	6	88	Butter pr. Pfund	—	30
Korn	4	10	Eier pr. Stück	—	14
Gerste	—	—	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	2	10	Rindfleisch pr. Pfd.	—	18
Halbfrucht	—	—	Kalbsteisch	—	21
Heiden	3	78	Schweinefleisch	—	19
Hirse	3	—	Schöpfenfleisch	—	12
Kukuruz	4	—	Schädel pr. Stück	—	22
Erdäpfel	1	20	Lauben	—	10
Linfen	—	—	Heu pr. Zentner	—	85
Erbsen	—	—	Stroh	—	50
Krisolen	4	16	Holz, harte, pr. Kist.	5	—
Rindschmalz pr. Pfd.	—	45	— weiches, „	3	35
Schweinschmalz „	—	42	Wein, rother, pr. Eimer	8	—
Speck, frisch, „	—	26	— weißer „	—	—
Speck, geräuchert, Pfd.	—	32			

Angewandte Fremde.

Am 24. November.

Stadt Wien. Die Herren: Fortuna, Kaufm., von Gottlicher. — Dr. Rinda, Advocat, von Radmannsdorf. — Kaffelitz, Kaufm., von Trisch. — Frau Gräfin Förgarisch, Private, von Wien.

Elephant. Die Herren: Leskovic, Postmeister, und Podobnik, von Jozia. — Pogacar, Commis, von Rudolfswerth. — Sichelster, Bergverwalter, von Trisail. — Kralohar, Kaufm., und Bodnitscher, von Wien. — Poleno, von Treviso. — Färot, von Augsburg.

Theater.

Heute Mittwoch:

Eglantine.

Schauspiel in 4 Acten von Ebnard Mautner.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

November.	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Einheiten auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Pariser Linien
26	6 U. Mg.	330.66	— 5.8	ND. schwach	heiter	—
	2 „ N.	329.79	— 0.9	ND. mäßig	heiter	0.00
	10 „ Ab.	329.10	— 3.6	ND. schw.	3. Hälfte bew.	—

Untertags wechselnde Bewölkung. Die Kälte und der nordöstliche Volkszug haltend. Barometer im Fallen.

Land- und Forstwirtschaftliches.

Die Waldbrauwirtschaft.

Von F. Schollmayr.

Mancher erlaubt sich an der Natur, die sich zu seinem Genuße darbietet, zu stämmeln und zu stutzen, um entweder sein Vergnügen zu befriedigen oder einen momentanen Vortheil zu erzielen.

Diese Reflexion will ich hier natürlich nur auf das Laub- und hauptsächlich Nadelholz angewendet haben. Jeder von den geehrten Lesern wird sich wohl selbst die Ueberzeugung verschafft haben, wie beleidigend schon für das Auge eine derartige Wirthschaft ist, wo die Laubbäume zum Futter und das Nadelholz zur Streugewinnung geschneidelt (geschnattet — Gras-Taxen schneiden) werden; und nicht selten findet man an seltsamen, humusarmen, besonders aber an schroffen südlichen Lagen, wo das „Schneideln“ gehandhabt wird, ganze Horste in fränkendem, dem Absterben nahen Zustande. Daß da die Regenerirung eines Waldes unmöglich ist, liegt auf der Hand. Mehr oder weniger leiden an diesem Uebel die Hochgebirge, die Gebirgsrücken und Rämme des Mittelgebirges, die mit ihrer Fede wie Gespenser warnend auf uns herabdrohen.

Die größte Kunstfertigkeit im Schneideln kann wohl Steiermark, Kärnten, Salzburg und Tirol aufweisen, und es kann nicht nur auf diese, sondern auch auf Krain

der Satz: „Daß die Urfraft der Natur rastlos fort- wirkt für unsere Zwecke, wenn ihr der Mensch die wahre Richtung zu geben versteht und sich nicht gegen das Naturgesetz selbst veründigt“, nicht angewendet werden.

Stellt man nun dieser Erscheinung im Haushalte der Holzpflanzen-Natur die Anforderungen gegenüber, welche der Gebirgsbewohner besonders an die Nadelholz- bäume macht, so tritt die Sachlage nur zu deutlich und der natürliche nachtheilige Einfluß ganz unverkennbar hervor.

Im angewiesenen Waldboden, welchen die Gebirgs- forste meist bilden, handelt es sich besonders um die Erhaltung der Holzproduction aus eigener Kraft mit der größtmöglichen und brauchbarsten Massenerzeugung auf dem beschränktesten Raume in der kürzesten Zeit gerade dort, wo die natürliche Exposition der Erreichung dieser Absichten beinahe oft unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellt. Gerade hier ist die Erhaltung der Wal- dungen in erste Linie zu stellen. Sie sollen aus sich selbst die fruchtbare Erdoberfläche bilden und ihre kräf- tige Nachkommenschaft dadurch sichern. Die Gebirgs- bewohner würdigen jedoch diesen Hauptzweck des Waldes nicht, sie wirken nur consumierend so, daß der Holzwuchs einem wenn auch sehr wichtigen Nebenzweck, der Streu- gewinnung, zum Opfer gebracht wird. Es ist nicht zu verkennen, daß den meisten Bergbewohnern die hin- längliche Fläche an Acker- und Wiesengrund fehlt, oder auch, wenn dies der Fall nicht ist, daß ihnen die nöthige Kenntniß zur Bewirthschaftung ihrer Forst- und Land- wirthschaft bis dato gänzlich mangelte und sie sich auf den bequemerem Stand setzten, auf Kosten des volks- wirthschaftlichen Waldes — Viehzucht zu treiben.

Daß mineralische Erde ohne Beimengung von vegeta- bilischen und animalischen Stoffen unfruchtbar ist, ist eine längst erkannte Thatsache. Nur von dem Grade der Beimengung verwesten organischer Stoffe hängt die Fruchtbarkeit des Bodens ab; und hier steht der Land- und Forstwirth auf Einer Linie. Ist der Boden so erschöpft, daß er kein Holz zu erzeugen vermag, so hört der Wald und mit ihm alle Forstwirthschaft auf, — eben- sowenig kann der Landwirth seine Producte erzielen, wenn er die Mittel nicht besitzt, dem Boden den ent- zogenen Humusgehalt wieder zu ersetzen. Schöpft er dieses Mittel aus seinem Forste, dann erfordert es sein eigenes Interesse, die Quelle der Fruchtbarkeit fließend zu erhalten, und je mehr er den Ackerbau von dem Waldstreubezüge abhängig erachtet, desto näher liegt ihm die Pflicht der Sorge für nachhaltigen Bezug.

Die streubedürftigen Landwirthe werfen in der Regel den Forstwirthen einseitiges Festhalten an übertriebener Besorglichkeit und Mangel an Rücksicht für die Bedürf- nisse des Ackerbaues vor.

Wäre dieses im allgemeinen begründet, dann müßte es auch in Krain, wo das Streurechen und Gewinnen so gang und gebe ist, um die Wälder besser stehen, als der Augenschein gibt. Leider habe ich auf meinen Verei- sungen nur zu häufig Gelegenheit, die traurige Erfah- rung zu machen, wie der Waldboden auf weiten Stre- cken in Kalkterrainen durch fortgesetzte maßlose Entzieh- ung der Streu einen so hohen Grad der Unfruchtbarkeit erreicht hat, daß er nur noch verkrüppeltes spärlich vor- kommendes Gestrüppe zu produciren vermag. Der Karst von Innerkrain hat seine Aufgabe schon gelöst, und auf jenem, der sich schon in schönster Ausbildung befindet (ich meine die Steuergemeinden St. Ambrus, Birkenthal, Weizel, Schwörz, Podtabor, Potiskonz und theilweise auch Kompale, Zdenkavas, Gesta) geht der Holzwuchs mit Riesenschritten seinem Ende zu.

Daß der Landwirth aus seinem Walde Streu neh- men soll, stellt niemand in Abrede, nur soll er dies in einem Maße mit Rücksicht auf Boden, Lage, Holz und Betriebsart thun. Unser Forstgesetz hat wohl theilweise hiefür vorgesorgt. Was ist aber unser Forstgesetz sammt seinen so manchen guten Paragraphen, wenn es von dem Waldbesitzer nicht befolgt wird, und niemand von Seite der Regierung oder des Landes hiezu angestellt ist, der es versteht, dieses sachkundig und kräftig durch- zuführen?

Hier muß ich auf die Broschüre des Herrn L. L. Försters Ludwig Diemitz nachdrücklichst hinweisen, deren Beachtung wohl für das Land eine Wohlthat wäre. Der hohe Landtag wird zuversichtlich in der nächsten Session diesem Gegenstande die gebührende Berücksichtigung schenken.

Land- und Forstwirthschaft wird jedoch in einem Lande nicht bloß durch Reglements und Gesetze gehoben, sondern durch die Volksbildung in einer oder der andern Art, die jedoch bei uns noch in den Kinderschuhen sich befindet. Es gibt wenige Provinzen in Oesterreich, die nicht eine oder mehrere Ackerbau- und Forstschulen hät- ten, in Krain geht es trotz aller Anläufe nicht vorwärts in dieser Richtung. Unverantwortlich ist es von denen, die daran die Schuld tragen.

Nach den v. Liebig'schen Bemerkungen über die Erschöpfung des Bodens müßte nicht nur jede Streu- nung, sondern selbst die Holznutzung, da mit ihr eine nicht unbedeutende Menge von Aschenbestandtheilen dem Boden entzogen wird, allmählig zu einer Verarmung des Waldbodens führen; allein es ist diese Lehre natürlich nur cum grano salis zu verstehen und wird sich bei Waldungen, abgesehen von der Zuführung von Boden- bestandtheilen durch die Meteorwasser, dadurch der Humus- gehalt der Bodenoberfläche vermehren, daß nicht nur die tief eindringenden, die Verwitterung des sie umgebenden Gesteines fördernden Wurzeln von unten Nahrungstoffe herausbringen, sondern noch auf geneigten Flächen, die ja vorzugsweise mit Wald bedeckt sind, von den oberen Theilen des Hanges den unteren im Bodenwasser gelöste Aschenbestandtheile zugeführt werden, was natürlich alles eine Vermehrung des Holzwuchses und somit auch des Laub- und Nadelholzabfalles und in Folge des besseren Bestandesschlusses in Nadelholzwaldungen auch eine Ver- größerung der Moosdecke zur Folge hat. So kommt es, daß selbst der ganz verarmte Flugsandboden in nicht zu langer Zeit durch die Bedeckung mit Wald verbessert wird. So z. B. haben die Grundbesitzer im Steinfelde bei Wiener-Neustadt vor vielen Jahren schon das einzige Mittel gewählt, den mageren Sandboden zu verbessern und aus ihrem Schwarzföhren-Anbau dem Grunde ein Holztragniß und das für sie so schätzbare Streumate- rial mit Vernunft abzugewinnen gewußt. — Ebenso wurde vor 40—50 Jahren auf der Insel Esjipel bei Pest eine mehrere Meilen große Flugsandebene durch Holzwuchs urbar gemacht. — Auch in mehreren Distric- ten des deutschböhmer Regiments finden sich derartige verdienstliche Culturen vor.

Selbstverständlich wird sich in dem Verhältnisse als die aufschließbaren Sulfate, welche auch die Absorption der Basen und Säuren der im Bodenwasser gelösten Salze vermitteln durch den Boden aufgenommen werden, der Ersatz der durch Holz- und Streunutzung dem Boden entzogenen Aschenbestandtheile schneller und vollständiger vollführen. Es werden deshalb die Folgen einer Streu- nung um so weniger leicht überwunden werden, je mehr durch Grobkörnigkeit desselben die Capillarität des Bodens gemindert wird, je weniger daher von dem Grundwasser aus die Oberfläche des Bodens feucht er- halten wird und je trockener das Klima ist, weil hier dann der aus der Verwesung des Blattabfalles sich bil- dende Humus unumgänglich nöthig ist, um durch Fest- haltung der Regenniederschläge, sowie durch Absorption von Wasserdampf und Condensation desselben durch die nächtliche (mit dem Humusgehalte steigende) Bodenwärme- ausstrahlung zu tropfbar flüssigem Wasser die Lösung der Nahrungsbestandtheile, sowie die Unterhaltung der Ver- wesungs- und Verwitterungsprocesse zu ermöglichen, — weil ferner der Humus, abgesehen davon, daß er durch sein Zerfallen in Kohlensäure, Ammoniak und Aschenbestand- theile den Pflanzen Nahrungsstoff liefert, hier nur allein im Stande ist, die Absorption der atmosphärischen Nah- rungsbestandtheile sowohl, als auch der im Bodenwasser gelöste Salze zu bewirken, und weil schließlich durch eine den Boden bedeckende Humusschicht die jungen Pflanzen gegen die schädliche Einwirkung von Hitze und Frost geschützt werden.

Dieserwegen dürfte es gewiß und unlängbar drin- gend sein, diese Nebenübung mit eben so viel Umsicht als Energie von Seite der hiezu berufenen Organe in

jene ihr naturgemäß vorgezeichneten Grenzen zurückzwei- sen, innerhalb deren sie bleibend und zu allseitigem Wohle ausgeübt werden soll.

Anschließend will ich bemerken, in welcher Art der Waldbesitzer die Streugewinnung durchzuführen soll. Nach meinen praktischen Erfahrungen werden jährlich für ein Stück Hornvieh 1 c^o. klein gehackte Streu von Nadel- holz benöthigt und 36 Stämme im Alter von 30 Jah- ren aufwärts hiezu in Verwendung genommen. Nimmt man durchschnittlich 450 Stämme als Bestockung eines Joches an, so erfordert in einem 4jährigen Turnus 1 Stück Vieh 0.22 Joch eines derartig bestockten Na- delwaldes.

Bei Forsten die einen waldbreiten Schluß haben, wird man natürlich an Fläche mehr benöthigen, da hier das Nadelholz durch die Selbstreinigung ohnehin die mei- sten untern Aeste verliert.

Da nun die Humusasche (die mineralischen Be- standtheile aller organischen Stoffe bleiben bei der Ver- wesung in dem Humus zunächst und bei dessen weiterer Zersetzung so wie bei der Verbrennung zurück) in 100 Thl. Buchenholzasche 20 Th.phosphorj.Salze „ 100 „ Pappelholzasche 16.75 „ „ „ „ 100 „ Ficht. o. Tannen 9.15 „ „ „ „ 100 „ Haselnußholzasche 12. „ „ „ „ 100 „ Eichenholzasche 4.5 „ „ „ „ enthält, und auf 1 Joch, das mit 1000 Stämmen 60jäh- riger Buchen oder Eichen bestockt ist, wo der Blattab- fall 500 Centner jährlich, — dagegen bei Nadelhölzern, wenn auf 1 Joch achthundert60jährige Bäume sich befinden, nur 80 Ctr. abfallen, so erzeugen diese durch die Ver- wesung im ersten Falle 50 Ctr. und beim zweiten Falle 20 Ctr. Humus, wovon jeder Centner obige Anzahl Theile phosphorsaure Salze in sich enthält, die ansonst unbedingt dem Walde zu gute gekommen wären, obstra- hirt von dem Schaden, welcher durch die Streugewin- nung an dem Holztrage vor sich gegangen ist.

Die preussische, bayerische und sächsische Regierung hat in ihren Provinzen dormalen Versuchsstellen in den Staatswaldungen bestimmen lassen, welche für verschie- dene Modalitäten der Streugewinnung die Einwirkung auf den Waldertrag nachzuweisen haben werden. Bis jetzt fehlen noch brauchbare Zahlen in der Forststatistik, welche nachweisen die Minderung des Streu- und Holz- ertrages bei fortgesetzter Streunutzung, um durch solche noch schlagfertiger Beweise liefern zu können.

Weder der § 12 des Forstgesetzes vom 3. Decem- ber 1852, noch die Verordnung vom Jahre 1851 der Tiroler Forstdirection hat das Schneideln, weder hier noch dort modificirt, und es geschieht jetzt gerade noch so, wie um Maria Theresia's Zeiten, die zuerst da- gegen mit Strafverordnungen auftrat. Es ist schwer, Ge- setze durchzuführen, die gegen das materielle Interesse des nicht gehörig belehrten Volkes gerichtet sind.

Die Reststreu, welche aus dem Laube, Nadeln und Moosdecke besteht, wird nicht so schädlich, ja nützlich in gewissen Fällen, wenn selbe mit wissender Hand ge- wonnen wird. Ist in einem Fichtenwalde der Moos- polster zu hoch oder in Buchenbeständen die Laubdecke zu stark, welche die Vermoderung der Bucheln bewirkt und auf die Bestandesverjüngung nachtheilig wirkt, so muß diese entfernt werden; daß dieses aber in einem 5- bis 6jährigen Turnus zu geschehen hat, ist selbstver- ständlich, da sonst die Schwächung des Bodens bedeutend überhand nimmt. Der Heidehieb, mit welchem nicht nur die Heidepflanze sammt den Wurzeln, sondern auch die obere Dammerdschicht periodisch weggenommen wird, führt bald zur gänzlichen Sterilität des Waldbodens, bis endlich das Hungermoos den erschöpften Boden be- deckt.

Krain ist gewiß ein schönes Ländchen, hat auch viel schöner Waldfläche, und sieht sich diese aus der Vogel- perspective für manchen Herrn beim grünen Tische, grün an — darum ist es nicht nöthig, weiters selbe in Schutz zu nehmen.

Es lebe der Karst!

Großlaschitz, im November 1867.

Verantwortlicher Redacteur: János v. Kleinmayer.

Börsenbericht. Wien, 25. November. Der Effectenmarkt verkehrte theilweise zur mattenen, theilweise zur höheren Notirung, und Devisen und Valuten wurden billiger abgegeben. Geld flüssig. Geschäft limitirt.

Öffentliche Schuld.				Geld Waare				Geld Waare			
A. des Staates (für 100 fl.)											
In d. W. zu 5pCt. für 100 fl.	53.70	53.85		Salzburg . . . zu 5%	86.50	87.50		Böhm. Westbahn zu 200 fl.	140.—	140.50	
In österr. Währung steuerfrei	57.70	57.90		Böhmen . . . „ 5	89.—	90.—		Deft.Don.-Dampfsch.-Ges. 100 fl.	480.—	482.—	
Steuerauf. in d. W. v. 3.				Nähren . . . „ 5	87.—	88.—		Oesterreich. Lloyd in Triest 100 fl.	183.—	185.—	
1864 zu 5pCt. rückzahlbar	88.80	89.—		Schlesien . . . „ 5	87.—	88.—		Wien.Dampfm.-Actg. 500 fl. d. W.	460.—	465.—	
Silber-Anlehen von 1864	—	73.—		Steiermark . . . „ 5	89.50	90.—		Pester Kettenbrücke	383.—	385.—	
Silberanl. 1865 (Frcs.) rückzahlb.				Ungarn . . . „ 5	71.—	72.—		Anglo-Austria-Bank zu 200 fl.	107.—	107.25	
in 37 Jahr. zu 5pCt. 100 fl.	79.50	80.—		Temeser-Banat . . . „ 5	71.—	71.50		Pemberger Cernowitzer Actien	169.50	170.—	
Nat.-Anl. mit Jan.-Comp. zu 5%	66.80	66.90		Croatien und Slavonien „ 5	71.50	72.50		Pfandbriefe (für 100 fl.)			
„ Apr.-Comp. „ 5	66.60	66.70		Gallzien . . . „ 5	65.—	65.50		National- „			
Metalliques „ 5	56.80	56.90		Siebenbürgen . . . „ 5	64.75	65.25		bank auf „			
detto mit Mai-Comp. „ 5	58.70	58.90		Bukovina . . . „ 5	65.50	66.—		verlosbar zu 5%	97.80	98.—	
detto „ 4 1/2	50.50	50.75		Ung. m. d. B.-E. 1867 „ 5	68.50	68.75		C. M.			
Mit Verlos. v. 3. 1839 . . .	149.—	149.50		Tem. B. m. d. B.-E. 1867 „ 5	67.50	68.—		Nationalb. auf d. B. verlosb. 5 „	93.10	93.30	
„ „ „ 1854 . . .	75.80	75.90		Actien (pr. Stckd.)				Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 „	89.50	90.—	
„ „ „ 1860 zu 500 fl.	83.50	83.60		Nationalbank (ohne Dividende)	684.—	685.—		Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt			
„ „ „ 1860 „ 100	91.75	92.—		R. Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. C. M.	1705.—	1708.—		verlosbar zu 5% in Silber	104.—	105.—	
„ „ „ 1864 „ 100	78.15	78.25		Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	182.70	182.80		Loose (pr. Stckd.)			
Como-Rentenfch. zu 42 L. aust.	21.75	22.25		R. d. Escom.-Ges. zu 500 fl. d. W.	614.—	616.—		Cred.-A. f. S. u. G. z. 100 fl. d. W.	129.—	129.50	
Domainen 5perc. in Silber	107.—	107.50		S.-E.-G. zu 200 fl. C. M. o. 500 fl.	242.90	243.—		Don.-Dampfsch.-G. z. 100 fl. C. M.	86.—	87.—	
B. der Kronländer (für 100 fl.)	89.—	89.50		Kais. Elsb. Bahn zu 200 fl. C. M.	138.—	138.50		Stadtgem. Ofen „ 40 „ d. W.	24.—	24.50	
Niederösterreich „ zu 5%	87.—	88.—		Süd.-nordb. Ver.-B. 200 „	128.25	128.50		Esterhazy „ 40 „ C. M.	106.—	—	
Oberösterreich „ „ 5	87.—	88.—		Süd.-öst. L.-Ver. u. z. 1. C. 200 fl.	166.75	167.—		Salm „ 40 „ „	30.50	31.50	
				Gal. Karl-Lud.-B. z. 200 fl. C. M.	207.—	207.25		Palffy „ 40 „ „	23.—	23.50	

Cours der Geldsorten			
Geld		Waare	
R. Münz-Ducaten	5 fl. 80 fr.	5 fl. 81 fr.	
Napoleonsd'or	9 „ 75	9 „ 76	
Russ. Imperials	10 „ 15	10 „ 20	
Bereinsthaler	1 „ 79 1/2	1 „ 80	
Silber	120 „ —	125 „ —	
Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Pri- vatnotirung: 87.50 Geld, 88 Waare.			